Bundesregierung lädt zum Integrationsgipfel ein

3. März 2020



Unter dem Eindruck von Hanau. Von Birgit Wilke, Berlin (KNA).

Migrationsverbände machten ihrem Unmut deutlich Luft: Sie forderten im Vorfeld des Integrationsgipfels am Montag im Bundeskanzleramt mehr Einsatz beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Der Gipfel sei eine gute Dialogplattform, jetzt aber müssten Taten folgen. Hinter vorgehaltener Hand war die Kritik deutlich schärfer: Seit Jahren rede man über Sprachkurse, dabei sei das Problem des Rechtsextremismus und der Islamfeindlichkeit schon so lange virulent.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat nun für Montag rund 50 Vertreter von Migrantenverbänden bereits vor dem eigentlichen Integrationsgipfel eingeladen. Anlass sind laut Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert die rassistischen Morde in Hanau. Mit dabei sind auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU).

Zumindest beim ersten Teil des anschließenden Integrationsgipfels wird Seehofer auch noch dabei sein. Für ihn ist es das erste Mal. Zum vergangenen Treffen vor zwei Jahren kam er

nicht. Als Grund für seine Absage nannte er damals einen Artikel von Ferda Ataman, einer Journalistin und Sprecherin der „Neuen Deutschen Organisationen“, einem Netzwerk für Vielfalt und Gleichberechtigung von Menschen aus Einwandererfamilien. Ataman, die auch jetzt wieder am Gipfel teilnimmt, hatte sich damals mit dem Begriff Heimat befasst und in einem Artikel davor gewarnt, Deutschland „als Heimat der Menschen, die zuerst hier waren“ zu verstehen.

Seehofer, der sein Ministerium um den Bereich Heimat erweitert hatte, sprach dann im Spätsommer 2018 von der Migration als „Mutter aller Probleme“. Eine Formulierung, für die er damals auch aus den eigenen Reihen viel Kritik einstecken musste.

Zwei Jahre später ist die Situation eine andere: Den Spruch von damals würde Seehofer wohl nicht mehr in den Mund nehmen. Stattdessen sieht er nach dem Anschlag in Hanau vor gut einer Woche ein „hohes Gefährdungspotential durch den Rechtsextremismus“. In der jüngsten Sitzung des Innenausschusses des Bundestags sprach er laut Teilnehmern von einer „Blutspur des Rechtsterrorismus“ und warnte vor einer Relativierung. Am 19. Februar hatte den Ermittlungen zufolge ein 43-jähriger Deutscher in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen. Die Bundesanwaltschaft attestierte dem Täter eine „zutiefst rassistische Gesinnung“.

Widmann-Mauz sprach sich im Vorfeld des Gipfels bereits für mehr Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus aus. Explizit plädierte sie dafür, sich stärker mit Islamfeindlichkeit zu befassen. Auch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus müsse entsprechend nachjustiert werden. Für Betroffene solle es ein „Hilfetelefon Rassismus“ geben. Widmann-Mauz regte zudem am Freitag an, eine entsprechende Expertenkommission gegen Islamfeindlichkeit einzusetzen.

Seehofer reagierte prompt und kündigte noch am Freitagnachmittag an, darüber am Montag mit den Migrantenorganisationen zu sprechen. Wie die Zeitungen der Funke-Mediengruppe weiter berichteten, will er sich zudem mit Opfern von Halle und Hanau treffen.

Naturgemäß gehen die Forderungen der Migrantenverbände noch weiter. In einem Impulspapier machen sich die Organisationen dafür stark, als neues Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, dass Deutschland ein „vielfältiges Einwanderungsland“ sei. Zugleich müsse der Begriff „Rasse“ im Grundgesetz gestrichen werden.

Die Verbände sprachen sich nach dem Beispiel des Deutschen Ethikrats für einen „Nationalen Rat zur interkulturellen Öffnung“ aus. Daran sollten Migrantenorganisationen beteiligt werden. Zudem müsse es in Entscheidungsfunktionen eine gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund geben. Dazu solle es etwa Zielquoten für Führungskräfte geben.

Auch die Seehofer-Formulierung griffen die Verbände indirekt noch einmal auf und konterten sie auf eine Art und Weise, die vielleicht auch der Bundesinnenminister im Jahr 2020 unterschreiben würde. Sie bezeichneten den Rassismus als „Vater aller Probleme“.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - kkmms-89-00179)

Stand: 27. November 2026